

INHALT

1. Bildungsministerium hat Mittel für Vertretungsstunden massiv gekürzt
2. Einnahmen aus der Glücksspielabgabe drei Mal so hoch wie vom Finanzministerium erwartet
3. Regierungsfractionen halten an „Drug-Checking“ fest
4. Seit 25 Jahren an Bord

25.10.2013

Bildungsministerium hat Mittel für Vertretungsstunden massiv gekürzt Beschwerden über Unterrichtsausfall nehmen zu



Heike Franzen, MdL

In dieser Woche wandten sich Elternvertreter wegen zunehmenden Unterrichtsausfalls in offenen Briefen an die Landesregierung. Das Bildungsministerium erklärte postwendend, den Kreisen stünden ausreichend finanzielle Mittel zur Finanzierung von Vertretungsstunden zur Verfügung.

Tatsächlich waren die Gelder in Kiel, Lauenburg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg und Segeberg bereits zu den Sommerferien zu 80 Prozent und mehr ausgeschöpft worden. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der CDU-Bildungspolitikerin Heike Franzen hervor (Link siehe unten).

Zum Gesamtvergleich: Im Jahr 2012 fragten die Schulämter 16,2 Millionen Euro für Vertretungsstunden ab. In diesem Jahr wurden ihre Verfügungsrahmen auf 6,3 Millionen Euro begrenzt – das ist eine Kürzung um weit mehr als die Hälfte.

Nur aufgrund einer deutlichen Verschärfung der Regelungen zum Abruf von Geldern aus dem Vertretungsfonds durch Bildungsministerin Wende ist überhaupt noch Geld im Topf: Erst nach einer Erkrankungsdauer von über drei Wochen dürfen überhaupt Mittel beantragt werden – und auch dies nur in Höhe von 50 Prozent.

Unter der CDU-geführten Vorgängerregierung konnten Vertretungskräfte ab dem ersten Krankheitstag zu 100 Prozent aus dem Fonds bezahlt werden.

"Wer die Instrumente zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls kaputt macht, muss sich über eine massive Zunahme des Unterrichtsausfalls nicht wundern. Das Problem ist hausgemacht", so Franzen.

Link zur Drucksache 18/524:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0524.pdf>

Link zur Drucksache 18/871:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0800/drucksache-18-0871.pdf>

Link zur Drucksache 18/1158:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/1100/drucksache-18-1158.pdf>

Einnahmen aus der Glücksspielabgabe drei Mal so hoch wie vom Finanzministerium erwartet SPD und SSW wollen sich für Verteilung der Mittel feiern lassen



Hans-Jörn Arp, MdL

In dieser Woche gab das Finanzministerium die Höhe der Einnahmen aus dem von CDU und FDP gegen den heftigen Widerstand der heutigen Regierungsfractionen verabschiedeten Glücksspielgesetzes bekannt. In den damaligen Beratungen hatte insbesondere SPD-Landes- und Fraktionschef Stegner immer wieder bezweifelt, dass überhaupt Einnahmen erzielt werden könnten.

Die Einnahmen aus dem ersten Halbjahr sind nun mehr als drei Mal so hoch, wie vom Finanzministerium erwartet. Aufgrund ihrer prozentual festgelegten Beteiligung an den Einnahmen erhalten nun auch der Landesfeuerwehrverband, die Schuldner- und Insolvenzberatung und die Suchtarbeit sowie die Friesenstiftung deutlich mehr Geld.

Prompt gaben die Fraktionen von SPD und SSW Pressemitteilungen heraus, um die Verteilung der zusätzlichen Gelder bekannt zu geben. So erklärte Beispielsweise SSW-Fraktionschef Lars Harms: „Damit leistet die Küstenkoalition einen wichtigen Beitrag für die Werbung von jungen

Nachwuchskräften für die Feuerwehren und für die friesische Kulturarbeit in Nordfriesland.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, reagierte umgehend: „SPD und SSW sollten sich schämen. Sie haben die Glücksspielgesetzgebung von CDU und FDP mit allen Mitteln bekämpft. Jahrelang wurden Kollege Kubicki und ich auf übelste Weise persönlich diffamiert. Und jetzt wollen sich SPD und SSW für die Verteilung der Gelder von Feuerwehren und Friesen feiern lassen. Das ist scheinheilig und schäbig.“

Unabhängig davon wies Arp auf die sachlich zutreffende Aussage des SSW-Abgeordneten Harms hin, wonach die verteilten Mittel drei Mal so hoch seien, wie von SPD, Grünen und SSW erwartet.

„Damit werden die jetzigen Regierungsfractionen einmal mehr eines Besseren belehrt. Und wenn unsere Ursprungsgesetzgebung aufrecht erhalten worden wäre, könnten die Einnahmen noch viel höher sein. Dann gäbe es heute wirklich etwas zu feiern“, so Arp abschließend.

Regierungsfractionen halten an „Drug-Checking“ fest Dornquast: Kommt als nächstes die TÜV-Prüfung für Schlagringe?



Volker Dornquast, MdB

In den Herbstferien gab es Medienberichte, nach denen die Regierungsfractionen von SPD und SSW den Grünen die von ihnen in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzte Idee des „Drug-Checking“ angeblich ausgedreht hätten. Dabei geht es um die Überprüfung illegaler Drogen durch staatlich beauftragte Stellen. Die CDU-Fraktion hatte von Beginn an gegen die Einführung des Drug-Checking gekämpft. Rückendeckung erhielt sie dabei durch die Expertenanhörungen im Landtag. Auch der ehemalige SPD-Justizminister Uwe Döring hatte öffentlich davor gewarnt.

In der Sitzung des Sozialausschusses in dieser Woche stellten sich die Zeitungsmeldungen als unzutreffend heraus. SPD, Grüne und SSW wollen nun gemeinsam mit den Piraten den wissenschaftlichen Dienst des Landtages beauftragen, „rechtskonforme Möglichkeiten der Umsetzung“ zu prüfen.

Der drogenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Volker Dornquast, übte daran harte Kritik. „SPD, Grüne, SSW suchen weiter nach rechtskonformen Wegen, um illegale Drogen mit staatlichen Qualitätssiegeln zu versehen. Kommt als nächstes die TÜV-Prüfung für Schlagringe?“, fragte er.

Drug-Checking setze in der Drogenprävention ein verheerendes Signal. Kindern und Jugendlichen werde dadurch vermittelt, dass die mit staatlichem Segen überprüften illegalen Drogen ruhig genommen werden könnten. Dies sei das eindeutige Ergebnis der Anhörungen gewesen.

Positiv bemerkte Dornquast, dass die Regierungsfractionen von der geplanten Erhöhung der Freimenge endlich Abstand genommen hätten.

„Dies geschah allerdings nicht aus Einsicht. SPD, Grüne und SSW haben nur erkannt, dass die anderen Bundesländer diesen Unfug nicht mitmachen würden“, so der CDU-Abgeordnete.

Link zum Änderungsantrag der Regierungsfractionen:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/1800/umdruck-18-1866.pdf>

Zum Antrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0179.pdf>

Seit 25 Jahren an Bord

Referent Harald Johnke feiert sein silbernes Arbeitsjubiläum in der Fraktion



Fraktionschef Callsen dankt Harald Johnke für das Engagement der vergangenen 25 Jahre

Ein Vierteljahrhundert bei ein- und demselben Arbeitgeber – das gelingt den Wenigsten – den Statistiken nach nur jedem Zehnten. Harald Johnke hat es geschafft: Am vergangenen Dienstag (22. Oktober 2013) feierte er sein silbernes Jubiläum bei der CDU-Landtagsfraktion. Kollegen, Abgeordnete und Weggefährten von heute und früher waren gekommen, um dieses besondere Jubiläum mit ihm zu feiern.

Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen bedankte sich bei Harald Johnke für den treuen und bemerkenswerten Einsatz. Mit seiner enormen Expertise im Agrar- und Umweltbereich stehe er den Abgeordneten stets zur Seite und sei aus der Fraktion nicht wegzudenken. Er habe immer ein offenes Ohr, für das er von Kollegen und Abgeordneten besonders geschätzt werde.

Harald Johnke fing am 1. Oktober 1988 als Wissenschaftlicher Referent für den Fachbereich Umwelt bei der CDU-Landtagsfraktion an. Ende 2009 übernahm er zusätzlich den Bereich Agrarpolitik. Viele Jahre betreute er auch den Fachbereich Europa.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de